

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 07.05.2009 um 17.55 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat E. Müller (für Stadtrat May)
Stadträtin Richter (ab 18.05 Uhr, Ziffer 1) davor Stadtrat Günther
Stadtrat Schmidt (ab 18.05 Uhr, Ziffer 1) davor Stadtrat Lorenz

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser
Stadträtin Schwab

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadträtin Kahnt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag (bis 19.00 Uhr, Ziffer 4, für Stadträtin Wallrapp)
anschl. Stadträtin Wachter
Bgmin. Regan

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bgm. Christof

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer (bis Ziffer 3)

Berichterstatter:

Oberamtsrat Hartner
Herr Most, Geschäftsführer Stadtmarketingverein (Ziffer 1)
Assessorin Näck-Schoor
Stadtgärtner Besch (Ziffer 5)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Als Gäste: Stadträtin Stocker

Stadträtin Glos
Stadtrat Popp
Stadtrat Konrad
Frau Schlötter
Stadtrat Lorenz
Stadtrat Günther
Stadträtin Wachter
Stadtrat Schardt

Entschuldigt fehlten: Stadtrat May
Stadträtin Wallrapp

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig. Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Stadtfest 2009 – Information

Herr Most, Geschäftsführer der Stadtmarketingvereins geht ausführlich auf die Planungen des diesjährigen Stadtfestes vom 05.06. bis 07.06.2009 ein. Dabei stellt er das Programm an den verschiedenen Plätzen, Straßen und Bühnen dar und geht auf die Einzelheiten besonders ein. Er freut sich, dass trotz der Finanzkrise und Absprung eines Sponsors das Orga-Team wieder ein attraktives und abwechslungsreiches Pogramm auf die Beine stellen konnte. Herr Most bedankt sich abschließend bei allen Sponsoren, Beteiligten und Helfern und freut sich auf das 3. Kitzinger Stadtfest.

Oberbürgermeister Müller bittet die Information zur Kenntnis zu nehmen und bedankt sich beim Stadtmarketingverein für deren Engagement.

2. Rechtsaufsichtliche Genehmigung der Haushaltssatzung 2009: Bekanntgabe

A. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt dar, dass das Landratsamt den Haushalt für 2009 mit Auflagen genehmigt habe. Auflagen erfolgten aufgrund der a-typischen Zuführung und den Ausgaben, die nur aufgrund Kreditaufnahmen bzw. Rücklagenentnahmen getätigt werden können. Als Auflage erhielt die Stadt eine strikte Ausgabedisziplin sowie die Pflicht, die Einnahmen komplett auszuschöpfen. Darüber hinaus ist die Stadt verpflichtet, vorab zinsgünstige Darlehen aufnehmen sowie zunächst die Rücklagen zu entnehmen bevor weitere Kredite aufgenommen werden. Im Bericht des Landkreises wurde außerdem auf die Grundsteuer hingewiesen, die in Kitzingen unter dem Landesdurchschnitt liege.

B. Ohne Abstimmung.

Es wird davon Kenntnis genommen, dass der Landkreis Kitzingen mit Schreiben vom 27.04.2009 die rechtsaufsichtliche Genehmigung zur Haushaltssatzung 2009 erteilt hat.

Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte am Mittwoch, 06.05.2009 an den Amtstafeln sowie durch Bekanntmachung im amtlichen Bekanntmachungsteil der Kitzinger Zeitung.

Der Haushaltsplan lag im Vorzimmer des Oberbürgermeisters eine Woche lang zur Einsichtnahme aus.

3. Information von Berufsmäßigen Stadtrat Rodamer Entscheidung hinsichtlich Konjunkturpaket II

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer informiert, dass die Stadt Kitzingen drei Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets II gefördert bekommt. Das Bauamt, die Friedrich-Bernbeck-Schule sowie die Hauptschule Siedlung werden jeweils für die energetische Sanierung bezuschusst. Für die Gesamtkosten in Höhe von 2,105 Mio. € bekommt die Stadt einen Zuschuss in Höhe von 87,5 %. Nachdem die Maßnahmen bis zum 31.12.2010 abgeschlossen sein müssen, ist beabsichtigt für die Maßnahmen jeweils einen Projektanten zu beauftragen, wofür bis zum Stadtrat am 14.05.2009 eine entsprechende Vorlage erstellt werde.

Für die Finanzierung wird in 2009 kein Nachtragshaushalt nötig. Die Abwicklung erfolgt über außerplan- bzw. überplanmäßige Ausgaben. In 2010 ff werden die Mehrausgaben in den Haushalt eingearbeitet.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

4. Weihnachtsmarkt 2009 hier: "Antrag" des Beirates für Kultur und Brauchtum

A. Oberamtsrat Hartner geht auf den Sachvortrag ein und stellt die verschiedenen Varianten, die der Kulturbeirat vorgeschlagen hat dar (Historischer Weihnachtsmarkt, Ausschreibung auf Basis der gegenwärtigen Vereinbarung bzw. 2009 Platz der Begegnung mit gleichzeitiger konzeptionellen Planung für 2010). Die Verwaltung ist der Auffassung, dass es bei der gegenwärtigen Situation nicht bleiben könne, auch den Historischen Weihnachtsmarkt, der ca. 30.000,00 € Kosten würde (10-tägiges Weihnachtspektakel mit kulturellem Rahmenprogramm) sollte man nicht gänzlich aus den Augen verlieren. Für 2009 spricht sich die Verwaltung für einen 4-wöchigen Begegnungsort auf dem Marktplatz aus mit einem qualitativ hochwertigen Angebot (z. B. fränkischer Glühwein) aus. Dabei sind die historischen Hütten, die der Bauhof entsprechend weihnachtlich dekorieren sollte, aufzustellen. In den Vorjahren verlief der Weihnachtsmarkt nahezu kostenneutral (Miete für Rathaushalle = Kosten für Bauhofsleistungen). Es müsse jedoch klar sein, dass ein hochwertiges Angebot ab 2010 nicht zu den bisherigen Konditionen erreicht werden könne.

Stadträtin Dr. Endres-Paul als Kulturreferentin stellt dar, dass die gegenwärtige Situation verbessert werden müsste. Für 2009 spricht sie sich hinsichtlich des Angebotes am Marktplatz für den Verwaltungsvorschlag aus. Ihrer Auffassung nach sollten sich auch die Einzelhändler am Marktplatz durch Dekorationen an ihren Geschäften beteiligen. Der Verkauf in der Rathaushalle sollte entfallen. Hier befürwortet sie ein kulturelles Rahmenprogramm von Kitziinger Kulturtreibenden. Die Halle sollte entsprechend weihnachtlich dekoriert werden. Für die folgenden Jahre ab 2010 sollte ein Konzept erstellt werden, wobei auch der Stadtmarketingverein einzubeziehen ist.

Bürgermeister Christof ist der Auffassung, dass der Weihnachtsmarkt in 2009 entfallen sollte. Vielmehr sollte man sich Gedanken machen, wie der Weihnachtsmarkt ab 2010 ein Anziehungspunkt für Touristen sein könnte mit entsprechenden Alleinstellungsmerkmalen. Er halte es nicht für innovativ, wenn beispielsweise der Historische Weihnachtsmarkt, den es bereits in vielen Städten gibt, nun in Kitzingen kopiert werde.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über den Weihnachtsmarkt 2009 sowie über das Vorgehen hinsichtlich der Konzeption für die Jahre 2010 ff. Dabei wird die Meinung der Verwaltung bzw. der Kulturreferentin mehrheitlich unterstützt, am Marktplatz einen Platz der Begegnung mit qualitativ hochwertigem Angebot einzurichten bzw. in der Rathaushalle Aufführungen, Ausstellung und dergleichen von Kitziinger Kulturtreibenden zu organisieren. Die Organisation sollte von Seiten der Verwaltung (Tourist-Info)

erfolgen. Darüber hinaus wird angesprochen, dass auch ein Angebot für die Kinder (Karussell, lebendige Grippe usw.) geschaffen werden müsse.

Hinsichtlich der Jahre ab 2010 besteht Einigkeit dahingehend, dass eine Gruppe bestehend aus der Verwaltung, der Kulturreferentin und dem Stadtmarketingverein sich Gedanken hinsichtlich der Neukonzeption machen sollte.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass der Weihnachtsmarkt 2009 durch Standmieten ebenfalls Kostenneutral durchgeführt werden sollte. Ab dem Jahr 2010 werde die Verwaltung zunächst eine Vorlage dahingehend erstellen, welchen Kostenrahmen die Stadt für den Weihnachtsmarkt aufbringen möchte, worauf hin ein Orga-Team das Konzept entwickeln könne.

Oberbürgermeister Müller bittet dies zur Kenntnis zu nehmen. Die Beschlussfassung über den Weihnachtsmarkt 2009 erfolgt in der Stadtratssitzung am 14.05.2009.

B. Ohne Abstimmung

Dies wird zur Kenntnis genommen. Hiermit besteht Einverständnis.

5. Rahmenkonzeption für Stadtmöblierung Stadt Kitzingen

- A. Stadtgärtner Besch geht im Folgenden ausführlich auf die Bürgerentscheidung hinsichtlich der Stadtmöblierung ein, die im Rahmen der Präsentation der Möbel im Februar 2009 erfolgte und stellt dar, für welche Bereiche, welche Ausstattung ausgewählt werden sollte (Innenstadtbereich anspruchsvolle Optik, Zone B und C entsprechend abgestuft, auch preislich). Die Erneuerung der Innenstadtmöblierung sollte bereits im Jahr 2009 erfolgen. Die Kosten belaufen sich auf 175.000,00 €, falls man dem Bürgerwille folge. Bei der nächstgünstigeren Variante würden sich die Kosten auf 135.000,00 € belaufen. Stadtgärtner Besch stellt abschließend dar, dass für den Marktplatz die optisch bessere Variante gewählt werden sollte.

Oberbürgermeister Müller ergänzt, dass man sich Zuschüsse aus dem Fördertopf Stadtumbau-West in Höhe von 60 % der förderfähigen Kosten erhoffe. Hierfür sei jedoch ein Gesamtkonzept nötig. Eine abschließende Zuschussaussage konnte seitens der Regierung von Unterfranken nicht erteilt werden.

Stadträtin Schmidt freut sich über die stattgefundene Bürgerbeteiligung spricht jedoch ihren Unmut dahingehend aus, dass der Bürger nicht wusste, welche Kosten mit den einzelnen Gegenständen verbunden seien. Hätten die Bürger den Preis gekannt, so wäre sicherlich ein anderes Ergebnis herausgekommen. Nachdem die Stadt weiterhin zum Sparen verpflichtet sei, spricht sie sich für die kostengünstigere Lösung aus.

Stadtgärtner Besch weist darauf hin, dass der Bürger den Unterschied insoweit kannte, welches das niedrig-, mittel- bzw. hochpreisige Modell war. Eine genaue Preisbezeichnung sei nicht zulässig gewesen. Hinsichtlich der Kosten weist er darauf hin, dass sich diese, wenn man die Anschaffung auf 30 Jahre betrachtet, relativieren. Darüber hinaus hat man die Möglichkeit, bei einer Sammelbestellung entsprechende Kosten zu sparen.

Bürgermeister Christof hält nichts von einer Aufwertung der Innenstadt mittels hochwertiger Bänke. Hinsichtlich der Kosten für die Bänke sowie der Entscheidung der Bürger bemängelt er, dass man die Bürger insoweit hätte informieren müssen, dass durch teure Bänke diese Mittel anderweitig im Haushalt fehlen werden.

Stadtrat Moser fragt nach, ob mit der Aufwertung der Stadtmöblierung auch überflüssige Schilder abgebaut werden könnten, nachdem manche ebenfalls das Ortsbild schädigen.

Oberbürgermeister Müller sagt eine Prüfung unter Beachtung der Straßenverkehrsordnung zu.

Stadträtin Dr. Endres-Paul ist der Auffassung, dass die Gewerbetreibenden und Geschäftsleute am Marktplatz ihre Bestuhlung ebenfalls an der gehobenen Qualität der Stadt Kitzingen anpassen sollte, um zu einem ordentlichen Gesamtbild zu gelangen.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass er nach einer Beschlussfassung im Stadtrat mit den einzelnen Gewerbetreibenden im Marktplatz sprechen werde.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über die Anschaffung der Bänke und es besteht soweit Einigkeit dahingehend, dass die Stadtmöblierung ausgetauscht werden müsse, jedoch empfinden manche Stadträte den Standart und somit die Kosten hierfür als zu hoch. Teile der Stadträte bitten, die Anschaffung vom Zuschuss der Regierung abhängig zu machen. Darüber hinaus wird angesprochen, ob die Lieferung der Bänke ausgeschrieben werden müsse.

Stadtgärtner Besch macht deutlich, dass man sich für eine ganz bestimmte Bank entschieden habe und die Preise stets beim Hersteller angefragt wurden. Insoweit besteht keine Möglichkeit, diese Bank auszuschreiben.

Oberbürgermeister Müller sagt gleichwohl zu, den Aspekt der Ausschreibung zu prüfen und bittet um Beschlussfassung des Grundsatzbeschlusses.

B. Mit 10 : 3 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Das Rahmenkonzept für Stadtmöblierung wird in der vorliegenden Form bestätigt.
3. Stadtgärtnerei und Bauhof erhalten den Auftrag die Stadtmöblierung in der Altstadt und am Hindenburgring Süd, gemäß der Rahmenkonzeption zu erneuern. Die dafür benötigten finanziellen Mittel in Höhe von 175.000 € werden bei der Haushaltsstelle 1.7911.9590 eingestellt.
Die Deckung erfolgt in Höhe von 125.000 € aus Minderausgaben 2009, bei der HSt. 1. 6481.9510 (Brücke zur Mondseeinsel) und 50.000 € aus bereits dafür eingestellten Mitteln.

Aufträge an Lieferanten dürfen erst nach abschließender Prüfung der Fördermöglichkeiten vergeben werden.

6. Antrag der KIK-Fraktion Nr. 38/09 vom 08.03.2009; hier: Informationsfreiheitsgesetz - Erstellung einer kommunalen Satzung

- A. Oberbürgermeister Müller weist auf den Sachvortrag sowie auf den alternativen Beschlussentwurf hin. Gegenwärtigen haben lediglich die Gemeinden Pullach und Prien die Möglichkeit zur Erstellung dieser Satzung genutzt. Er bittet den Beschlussentwurf insoweit abzuändern, dass Ende 2009, nachdem die Erfahrungen der Gemeinden Pullach und Prien vorliegen, die Angelegenheit dem Stadtrat nochmals vorgelegt werden sollte. Gegenwärtige sehe die Verwaltung jedoch keinen Handlungsbedarf.
- Bürgermeister Christof geht ausführlich auf seinen Antrag ein und stellt dar, dass das Recht auf Bundesebene besteht und der Freistaat Bayern es den Kommunen freigestellt habe, eine solche Satzung zu erstellen. Durch die Erstellung komme man dem Ziel einer transparenten Verwaltung näher. Die Bedenken, dass die Bürgerinnen und Bürger in Scharren in die Akten einsehen möchten, könne er nicht nachvollziehen. Ebenfalls könne er das Argument des Personalaufwands nicht teilen.
- Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass die Verwaltung die Satzung nicht gänzlich ablehne. Vielmehr sollte man die Erfahrungen der beiden Städte abwarten, wonach man eine entsprechende Entscheidung Ende 2009/Anfang 2010 treffen könne. Im Folgenden diskutieren die Stadträte über den Antrag der KIK, wobei die Argumente (Zustimmung KIK Antrag, Erfahrungen der beiden Städte abwarten) ausgetauscht werden.

Oberbürgermeister Müller bittet zunächst um Abstimmung hinsichtlich des KIK-Antrages.

B. Mit 7 : 6 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Dem Antrag der KIK vom 08.03.2009 wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Satzung zur Regelung des Zugangs zu Informationen innerhalb des eigenen Wirkungsbereiches der Stadt Kitzingen zuzüglich einer Gebührenordnung zu erstellen und zur Verabschiedung im Stadtrat vorzulegen.

**7. Beschleunigung von Vergabeverfahren in den Jahren 2009 und 2010
Antrag der UsW vom 22.04.2009**

Mit 13 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Vergabeordnung der Stadt Kitzingen vom 13.02.1998 in der Fassung der 3. Änderungsordnung vom 08.10.2001 wird aufgehoben.
3. Für den Zeitraum bis zum 31.10.2010 gelten für die Auftragsvergaben bei der Stadt Kitzingen für die Bereiche der VOB / VOL die Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 3. März 2009, Az: B II 2-6004-143-12 „Beschleunigung von Vergabeverfahren in den Jahren 2009 und 2010“ (Anlage 1) sowie die Vorgaben der Bayerischen Staatsregierung im Rundschreiben vom 04.03.2009 zur „Beschleunigung von Vergabeverfahren kommunaler Auftraggeber in den Jahren 2009 und 2010“ (Anlage 2).
4. Die VOL/A ist bei der Vergabe städtischen Liefer- und Dienstleistungsaufträge anzuwenden.
5. Weiterhin gelten für die Auftragsvergaben bei der Stadt Kitzingen die in der dieser Sitzungsvorlage als Anlage 3 beigefügten Hausanordnung Nr. 5/2009 enthaltenen Maßgaben.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20.25 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer